



Liebe Leserinnen und Leser,

die Sommerpause neigte sich kaum dem Ende, da ging es in Berlin bereits wieder hoch brisant weiter. Mit den Sparplänen für das Haushaltsjahr 2011 hat sich die schwarz-gelbe Bundesregierung zu recht viel Unmut zugezogen. Hier gibt es noch viel zu tun, um die größten Einschränkungen im Städtebau und die damit verbundene soziale Schieflage zu verhindern.

Doch zum Glück gibt es auch die schönen Momente meiner Arbeit – wie ein Besuch aus dem Wahlkreis...

Glück auf und eine gute Zeit

Michael Groß

Deutschland braucht Kohle

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag zur Verordnung zur Stilllegung von „nicht wettbewerbsfähigen“ Bergwerken bis 2014 vorgelegt. Bei einer pauschalen Ablehnung käme das allgemeine Beihilferecht zur Anwendung, was zur Folge hätte, dass bereits ab 1. Januar 2011 die Beihilfegewährung an den deutschen Steinkohlebergbau grundsätzlich in Frage gestellt wäre. „Die Beendigung des subventionierten Steinkohlebergbaus 2014 hat für die Region fatale Folgen und die abzusehenden Auswirkungen sind sowohl in beschäftigungspolitischer als auch in finanzieller Hinsicht nicht akzeptabel, denn Tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze hängen direkt und in nachgelagerten Bereichen vom Kohlebergbau ab“ behauptet Michael Groß.

Das Know-how Deutschlands in Bergbaumaschinenteknik erfordert hochqualifizierte Arbeitsplätze und Referenzwerte, die nur in eigenen Steinkohlebergbauten erprobt werden können - wenigstens in Form eines Sockelbergbaus. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Steinkohle hängt unmittelbar auch mit Forschung, Technologieentwicklung, bergbaulicher Sicherheit, Tariflöhnen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen in Deutschland zusammen. Die geringen Kosten von Importkohle sind von den oben genannten Standards, wie auch von den mit Umweltbelastungen verbundenen Transportkosten abhängig.

„Es ist nötig, den Steinkohlekompromiss bis 2018 in der EU-Kommission einzufordern, denn das ist für unsere Region überlebenswichtig,“ betont Michael Groß. Auf der Grundlage des § 1 Absatz 2 des Steinkohlefinanzierungsgesetzes ist die Perspektive von Modellzechen und des Sockelbergbaus „unter der Beachtung der Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit, der Sicherung der Energieversorgung und der übrigen energiepolitischen Ziele“ zu prüfen. „Ich halte das für enorm wichtig für ein rohstoffarmes Land, um die komplette Abhängigkeit von den globalen Märkten zu vermeiden“ ergänzt Michael Groß.

Im Zusammenhang mit der Diskussion zur Weitergewährung der Beihilfe für den Bergbau wird deutlich, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition ihre ursprünglichen Interessen durchsetzen will, den Bergbau so früh wie möglich zu beenden. **Weitere Infos:**

<http://www.recklinghausen.igbce.de/portal/site/recklinghausen/menuitem.4dd0cc04f7814803deb4762835bf21ca/>

Städtebauförderung im Kreis Recklinghausen vor dem Aus

Die massiven Kürzungen bei der Städtebauförderungen muss Bundesbauminister Ramsauer sofort stoppen!

Der schwarz-gelbe Kahlschlag bei der Städtebauförderung und dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm zieht die Kommunen schwer in Mitleidenschaft. Die neue SPD-geführte Landesregierung versucht zwar rettend einzuschreiten, kann aber nicht die gesamten Fördermittelverlust des Bundes ersetzen. Die ohnehin schon schwer gebeutelte und in massiven Umstrukturierungen befindliche Region im Kreis Recklinghausen kann den Sparmaßnahmen des Bundes nichts mehr entgegensetzen.

Förderprogramme in Datteln - Wasserstadt, Haltern - Innenstadt, Herten - Süd und Nord sowie Marl - Hüls stehen alle in der Ausfinanzierung. Handwerk und

Mittelstand profitierten bislang noch von den Konjunkturpaketen, aber diese laufen auch aus. „Die Kürzung der Städtebauförderung trifft die Programme „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Stadt“ in Zeiten, wo unsere Städte und Gemeinden durch wirtschaftlichen Strukturwandel, demographische Veränderungen, Klimawandel und Fragen der Integration, bei ohnehin schon hoher Verschuldung, besonders gefordert sind. Diese Förderprogramme dienen nicht nur baulichen Verbesserungen, sondern tragen maßgeblich zum Erhalt lebendiger Stadt- und Ortsquartiere bei. Dies ist schlichtweg eine Katastrophe für die Region. Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt Klientelpolitik und ergreift am falschen Ende Sparmaßnahmen“, so Michael Groß.

Gemeinsame Front gegen Rente mit 67

SPD-MdB Michael Groß und DGB-Chef Josef Hülsmann fordern Umkehr

„Die Einführung der Rente mit 67 muss überprüft und zurückgewiesen werden. Das unterstütze ich voll und ganz“, so Michael Groß, „nicht nur der demographische Wandel und die Finanzierung der Renten dürfen ausschlaggebend für die Heraufsetzung des Rentenalters sein, auch die Chance einer geregelten sozialversicherungspflichtigen Arbeit nachzugehen und die Vermeidung von Altersarmut müssen Gradmesser sein.“

Dies wurde ausdrücklich im Rentenversicherungsanpassungsgesetz 2007 festgeschrieben: „Die Bundesregierung hat vom Jahre 2010 an alle 4 Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können.“

Fakt ist, dass von den 60 – 64 jährigen nur 21,5% sozialversicherungsbeschäftigt sind, bei den 64-jährigen nur noch 9,9% laut Zahlenmaterial aus dem Bundesarbeitsministerium. „Die Anhebung des Renteneintrittsalters darf keine versteckte Rentenkürzung sein. In vielen Berufsgruppen ist es bspw. körperlich gar nicht möglich bis 67 zu arbeiten, auch eine Überalterung einzelner Berufsgruppen muss hierbei überdacht werden“ ergänzt Michael Groß.

„Die Anhebung des Renteneintrittsalters darf keine versteckte Rentenkürzung sein. In vielen Berufsgruppen ist es bspw. körperlich gar nicht möglich bis 67 zu arbeiten, auch eine Überalterung einzelner Berufsgruppen muss hierbei überdacht werden“ ergänzt Michael Groß.



Michael Groß besuchte Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Kürzlich besuchte Michael Groß die mobim, die mobile Beratungsstelle „kompetent. Für Demokratie. Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ in der Villa ten Hompel in Münster. Die beiden Berater Michael Sturm und Heiko Klare informierten Michael Groß über ihre Arbeit vor Ort, insbesondere über die Arbeit im Wahlkreis 123. „Die beiden Berater leisten wichtige Arbeit in den Städten, sie beraten Vereine, Verbände, arbeiten gemeinsam mit städtischen Verwaltungen oder auch Einzelpersonen,“ erklärt Michael Groß, „ein nützliches Angebot, um dem sich einschleichenden Faschismus ein klares Signal des Widerstandes zu setzen.“

„In der Vergangenheit kooperierten wir mit den Kinder- und Jugendparlamenten auch in den Städten des Kreises Recklinghausen“, schilderten Klare und Sturm ihre Arbeit, „die Beratung der Menschen ist nur ein Schwerpunkt, wir erstellen in regelmäßigen Abständen Infobriefe und Analysen, Hintergrundinformationen sowie Recherchen zu Themen rund um den Rechtsextremismus.“

„Ich begrüße und unterstütze gerne die Arbeit der mobim. Nazi-Aufkleber und -Parolen begegnen uns im Stadtbild immer wieder. Wir müssen überall deutlich Flagge gegen Rechts zeigen, dabei ist es für uns Demokraten wichtig, uns gegen Rechts zu vernetzen. Hier ist die mobim eine sinnvolle Unterstützung der Arbeit vor Ort“, erklärte Michael Groß abschließend.

Interessierte aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin

Rund 50 Besucher aus dem Wahlkreis sind auf Einladung von Michael Groß für 3 Tage nach Berlin gekommen. Zum Höhepunkt des Programms gehörte natürlich das Gespräch mit Michael Groß, der extra für die Gruppe aus Marl anreiste. Aktuelle Themen wie z. B. Rente mit 67, Stadtentwicklung und Atomenergie wurden kurz, aber intensiv diskutiert. Spannend war auch der Besuch des Schlosses Cecilienhof in Potsdam, die Führung im Bundeskanzleramt, ein Gespräch im Bundeslandwirtschaftsministerium sowie der Besuch des Jüdischen Museums.



Impressum:

www.michael-gross-online.de

info@michael-gross-online.de

Abgeordnetenbüro in Berlin

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 74838

Wahlkreisbüro

Bergstraße 107
45770 Marl
Telefon: 02365 / 32444